

FORO PENAL: BISHER 15 NEUE VERHAFTUNGEN IM JAHR 2024 UND DER DREHTÜREFFEKT BLEIBT AKTIV

05.04.2024

Platón Sebastian

"Diese neuen Verhaftungen erfolgten nach dem politischen Abkommen vom Dezember, das die Freilassung von 20 politischen Gefangenen in Venezuela ermöglichte. Mit den sechs Mitgliedern von Vente Venezuela, die zurzeit Zuflucht in der argentinischen Botschaft in Caracas suchen, könnte sich die Zahl von 15 auf 21 erhöhen".

Der Vorstand von Foro Penal berichtet, dass es im Jahr 2024 bisher 15 neue politisch motivierte willkürliche Verhaftungen gegeben hat.

"Diese neuen Verhaftungen erfolgten nach der politischen Einigung im Dezember, die die Freilassung von 20 politischen Gefangenen in Venezuela ermöglichte. Mit den sechs Mitgliedern von Vente Venezuela, die Zuflucht in der argentinischen Botschaft in Caracas gesucht haben, könnte sich die Zahl von 15 auf 21 erhöhen. Sollte ihnen kein sicheres Geleit gewährt wird, um das Land zu verlassen, wären sie nach internationalen Kriterien immer noch ihrer Freiheit beraubt", sagte Alfredo Romero, Direktor und Präsident der Menschenrechtsorganisation.

Der "Drehtüreffekt" ist nach wie vor aktiv. "Das heißt, eine Strategie der Einschüchterung oder Kontrolle durch politische Repression, die im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen besonders gravierend ist", warnte Romero auf einer Pressekonferenz am Donnerstag.

Der Präsident der Organisation verwies auf die Zahl der politischen Gefangenen, die sich bis heute auf 269 beläuft, darunter 249 Männer und 20 Frauen. Davon sind 122 Zivilisten und 147 Militärangehörige. Darüber hinaus sind mehr als 9000 Personen nach wie vor willkürlichen Maßnahmen unterworfen, die ihre Freiheit einschränken, darunter ein Verbot, das Land zu verlassen, und regelmäßige Gerichtstermine.

Romero äußerte sich besorgt über die Verschärfung der Maßnahmen, mit denen politischen Gefangenen der Zugang zu einem privaten Verteidiger verwehrt wird. "Jeder hat das Recht zu wählen, wer ihn verteidigt, und es ist nicht die Entscheidung des Gerichts, ihm einen Pflichtverteidiger zuzuweisen. Dies ist ein Muster, das sich seit langem wiederholt, sich aber jetzt noch verschlimmert hat".

Romero bezog sich auch auf die Verlegungen nach El Rodeo I. "Es ist nicht dieselbe Einrichtung, die wir seit jeher kennen, es ist ein Gefängnis, das für politische Gefangene gemacht zu sein scheint, und mit erheblichen Komplikationen für Familienbesuche", sagte er.

GESETZ GEGEN FASCHISMUS

Der stellvertretende Direktor des Foro Penal, Gonzalo Himiob Santomé, äußerte sich besorgt über die Diskussion in der Nationalversammlung (AN) über das "Gesetz gegen den Faschismus", da nur wenig über dessen Strafbestimmungen bekannt ist.

Diese Besorgnis wird durch die Tatsache verstärkt, dass das Wenige, das bereits bekannt ist, darauf hindeutet, dass es sich um diffuse und weit gefasste Bestimmungen mit schwerwiegenden fachlichen Unzulänglichkeiten handelt", was aufgrund des großen Interpretationsspielraums, den sie mit sich bringen, ein ernstes Risiko darstellt.

"Der Text des in der ersten Beratung angenommenen Gesetzes wurde noch nicht einmal auf der Website der Nationalversammlung veröffentlicht, aber das Wenige, das in den Medien und sozialen Netzwerken durchgesickert ist, zeigt, dass die Sanktionsbestimmungen nicht der Garantie der Sicherheit entsprechen, die sich aus dem Grundsatz der strengen strafrechtlichen Rechtmäßigkeit ergibt. Dies kann zu sehr gravierenden Unregelmäßigkeiten führen. Es kann zu schwerwiegenden Verzerrungen der subjektiven Kriterien führen", prangerte er an.

In diesem Zusammenhang betonte Himiob Santomé, dass weder in diesem noch in einem anderen Rechtsinstrument eine Rückwirkung vorgesehen ist. "Unsere Verfassung besagt eindeutig, dass Strafgesetze nicht rückwirkend gelten. Das heißt, wenn diese Gesetzgebung angewandt werden soll, dann auf jeden Fall ab dem Zeitpunkt ihrer Verkündung und nicht ab der Verkündung rückwärts, nicht weil wir das sagen, sondern weil die Verfassung das ausdrücklich verbietet", bemerkte er.

Der Vorstand des Foro Penal fordert die Nationalversammlung auf, Empfehlungen und technische Beratung bei der Ausarbeitung dieses Gesetzes einzuholen, um Exzesse oder autoritäre Fehler zu vermeiden, die den Richtlinien der Verfassung der Bolivarischen Republik Venezuela widersprechen. "Der Grundsatz der strikten strafrechtlichen Rechtsgültigkeit ist in Artikel 49 der Magna Carta verankert, aus dem sich auch eine Reihe von Garantien ableiten, darunter die Garantie der Gewissheit, der eindeutigen Bestimmung und der Unanfechtbarkeit subjektiver Erwägungen darüber, was verboten oder erlaubt ist, die es zu beachten gilt".

Originalartikel auf der offiziellen Website von Foro Penal, Link hier

Übersetzt von der Chile/Venezuela Koordinationsgruppe - verbindlich ist das Original:

<https://www.amnistia.org/ve/blog/2024/04/26198/foro-penal-15-nuevas-detenciones-en-lo-que-va-del-2024>